

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: H. Mosse, Haenlein & Bogler, G. L. Daube,
Invalidebank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann,
Eberfeld W. Thienes, Greifswald G. Jilke, Halle a. S.
Joh. Barch & Co. Hamburg Joh. Montgaar, A. Steiner,
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heinr. Giesler. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

Die Sozialdemokraten begnügen sich nach den Wahlen mit dem angeblich kolossalen Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen zu prahlen und veröffentlichen die entsprechenden Zahlen, soweit sie schon bekannt sind. Danach ist die Zahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen in der Provinz Schweswig-Holstein 1893 von 74.925 auf 81.940, also um 7015 und im Königreich Sachsen von 270.654 auf 299.188, also um 28.534 gestiegen. Bei den Ziffern über die sozialdemokratischen Stimmen ist zu berücksichtigen, daß die Sozialdemokraten diesmal zum ersten Male in sämtlichen 39 Reichstagswahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt und für dieselben agitiert haben, so daß also die Zahl der für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen einen Zuwachs erfahren haben würde, auch wenn die Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie sich nicht vermehrt hätte. Ebenso ist bei einem Vergleich der sozialdemokratischen Stimmengabe mit der anderer Parteien sehr in Betracht zu ziehen, daß letztere in einer sehr großen Anzahl von Wahlkreisen keine eigenen Kandidaten aufgestellt und in Folge dessen die dort wohnenden Anhänger der betreffenden Partei ihre Stimmen die sonst mitgeteilt worden wären, nicht zur Geltung gebracht haben.

Die Amerikaner finden jedenfalls für alle Situationen eine ihnen genehme Deutung. Zuerst wurde die Heldenthat der Besatzung des „Warri-
mac“ gepriesen, weil durch dessen Versenkung die
Hafenpassage geherbert und der spanische Admiral

Bayern, die Tochter des Prinzregenten, hat eine längere wissenschaftliche Reise nach Südbamerika angetreten. Die Prinzessin hat schon einmal einen längeren Aufenthalt in Brasilien zur Forschungszwecken genommen und über ihre Reisen ein allgemein beachtetes Werk herausgegeben, das eine Reihe sehr bemerkenswerther naturwissenschaftlicher Beobachtungen enthält. — **Prinzessin Dora von Sachsen-Koburg-Gotha** wird die einzige katholische Königin Koburgs, die ihr Großvater, Prinz August, in dankbarer Pietät zur Erinnerung an seine Eltern erbauen ließ, der Kirche St. Augustin, mit dem Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein getraut werde. Der Großvater der jugendlichen Braut, Prinz Ferdinand von Sachsen-Koburg, reichte bekanntlich einer katholischen Prinzessin, der letzten Großtochter des alten Fürstengeschlechtes Kogary, die Hand zum Gebühde und ließ seine Kinder der katholischen Religion erziehen, obwohl die Haus Sachsen-Koburg bis dahin evangelisch gewesen. Die Hochzeit soll Mitte August stattfinden. — **Der General-Major z. d. Infanterie v. Sothen** kann morgen den Tag begehen, da er vor 50 Jahren in die damalige hannoversche Armee eingetreten ist. — **Der frühere Reichstagsabgeordnete Professor der Nationalökonomie Freibaut** ist gestorben. Er war geboren am 4. Mai 1829 in Eßbau in der sächsischen Lausitz und vertrat in den Jahren 1874 bis 1878 als Mitglied der national-liberalen Partei den Wahlkreis Eßbau. — **Der 7. allgemeine deutsche Bergmannstag** finden vom 30. August bis einschließlich 1. September d. in Wünnen statt. — Die Bestrebungen für

nachtraglichen Verordnungen konnte andere
 nahmen zur Aufschreibung gelangt: Zölle
 73 467 290 Mark (gegen denselben Zeitraum des
 Vorjahres mehr 1 746 653 Mark), Tabaksteu-
 er 1 491 022 Mark (mehr 35 916 Mark), Zundersteu-
 er und Zugsatz zu derselben 33 326 996 Mark
 (mehr 3 267 926 Mark), Salzsteuer 6 523 439
 Mark (mehr 35 815 Mark), Waischottengeld-
 und Brennmaterialsteuer 2 852 988 Mark (weni-
 ger 76 277 Mark), Verbrauchsabgabe von Braun-
 wein und Zugsatz zu derselben 18 650 083 Mark
 (weniger 698 138 Mark), Brennsteuern 475 971
 Mark (weniger 137 206 Mark), Bransteuer
 5 241 758 Mark (mehr 29 606 Mark), Lieberungs-
 abgabe von Bier 643 355 Mark (mehr 39 535
 Mark), Summe 122 672 961 Mark (mehr 2 443 888
 Mark), Stempelsteuer für: a. Wertpapiere
 4 280 891 Mark (mehr 1 834 217 Mark), b. Steuer-
 und sonstige Anschlagungsgeldsätze 2 417 593 Mark
 (mehr 302 017 Mark), c. Zölle zu: Privatlotterien
 673 193 Mark (mehr 83 199 Mark), Staats-
 lotterien 1 091 095 Mark (mehr 328 964 Mark),
 Spielkartenstempel 218 582 Mark (mehr 13 471
 Mark), Wechselstempelsteuer 1 778 122 Mark
 (mehr 182 501 Mark), Post- und Telegraphen-
 verwaltung 56 255 674 Mark (mehr 4 816 636
 Mark), Reichs-Eisenbahnverwaltung 12 874 000
 Mark (mehr 1 220 000 Mark). Die zur Reichs-
 kasse gelangte Zins-Einnahme abzüglich der Ausfuhr-
 vergütungen und Verwaltungskosten beträgt

Marine und Schifffahrt.

— Der vorgesehene Sonntag des Norddeutschen Negativvereins in der stielci Föhrde zeitigst ein sehr bemerkenswerthes Ergebnis. In Klasse IB segelten „Baruna“, „Tutty“, „Milde“, „Senta“ und „Stommodore“. Die vier erstgenannten find sämtlich in England konstruiert und bezw. auch dort ausgerüstet; speziell die „Tutty“ und „Senta“ repräsentiren die neuesten Erzeugnisse der englischen Nachbauten. Alle vier wurden von englischer, zum Theil berühmter Besatzung besetzt. Diefem erschlaffigen Material stand zum ersten Male der „Stommodore“ gegenüber, ein in Deutschland konstruirtes, mit deutschem Material gebautes, ausgerüstet und besetztes, von Einheimischen geführtes Fahrzeug.

Es ist mit erklärlicher Freude zu berichten, daß die letzte Nacht die sämtlichen vorgenannten Wechselfeger mit großer Ueberlegenheit geschlagen hat. Das Betriedruden der Boote der Schiffschiffe ist auf Donnerstag, den 30. Juni, Nachmittags 3 Uhr, verschoben worden, an welchem Tage Vormittags das Wettgelen der Kriegsschiffe und der offenen Boote des kaiserlichen Jagtklubs stattfinden wird. — Briefsendungen für S. M. S. „Olga“ sind bis auf Weiteres nach Tromsø in Norwegen zu richten. — Am 14. Juli wird der Lloyd-Dampfer „Grafed“ mit dem Abfüßungs-transport für Kautschuk-Wilhelmsbafen verlassen und voraussichtlich am 6. September von dort zurückkehren. Vor der Abfahrt wird der Dampfer zwei Tage in Wilhelmsbafen zur Uebernahme der Ladung bereit liegen. — Auf der kaiserlichen Weert Kiel liegt der große Kreuzer „Fürst Bismarck“ in Dock Nr. I und hat bereits den Metallbeslag der Holzbeledung bis zur Unterleiste des Panzergürtels erhalten. Es wird zur Zeit an den Wellen und Naben der 3 Schrauben des Schiffes und der doppelten Holzbeledung des Panzergürtels gearbeitet, welcher letztere von vorn bis etwa zur Mitte des Schiffes angebracht ist. Auch die Aufbauten und Geschüßaufstellungen des Oberdeckes sind seit dem Frühjahr sehr fortgeschritten. — Der kleine Kreuzer „Dela“, der noch in Dock Nr. III liegt, hat bereits einen neuen Anstrich erhalten und wird in den nächsten Tagen die Weert verlassen können.

In **Dülsdorf** ist in der Salonsen-Fabrik von Eugen Blasberg u. Co. ein Aufstand ausgebrochen, an welchem Schreiner, Schlosser, Maschinen- und Glaserarbeiter beteiligt sind. — In **Stuttgart** ist der Aufstand der Zimmerleute nach einer Verhandlung der Beteiligten unter dem Vorstehe des Gewerberichters beigelegt worden. Die Arbeitgeber haben in einzelnen Punkten Zugeständnisse gemacht. Die Zimmerer sollten gestern die Arbeit wieder aufnehmen. Das Gleiche ist von den Maurern zu erwarten. — In **Glauchau** legten gestern die Maurer die Arbeit nieder wegen Verweigerung der von ihnen geforderten Lohnerhöhung. Es werden weitere Arbeitseinstellungen in den Nachbarorten des fürchtet. — Die **Kommission für Arbeiterstatistik** ist in ihrer gestrigen Sitzung in ihren Untersuchungen über die Arbeitszeit der in den verschiedenen beschäftigten Personen ein gutes Stüd vorwärts gekommen. Es hat sich in der Debatte große Neigung herausgebildet, den in Betracht kommenden Kategorien eine bestimmte Arbeitszeit einzuräumen.

Stettin, 28. Juni. Bekanntlich haben zwei unserer Mitbürger, welche zu einem Einkommen von 660 bis 900 Mark veranlagt sind, gegen die Stadt eine Klage angebracht, daß auch sie in die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahlen mit aufgenommen würden, und diesen Prozeß gewonnen. In Folge dessen sind natürlich auch alle anderen Einwohner unserer Stadt mit dem gleichen Einkommen ebenso wohl berechtigt, und werden ebenso mit in die Wählerlisten eingetragen werden.

Eine Folge dieses Vorganges ist es nun aber auch, daß jetzt der Magistrat kommt und den Antrag bei der Stadtverordnetenversammlung gestellt hat: Zu Abänderung des § 9 der Gemeindesteuerordnung vom 24. Dezember 1892 zu beschließen.

die Steuerpflicht beginnt mit einem Einkommen von mehr als 660 Mark. Dieser Gemeindebeschluß tritt am 1. Juli 1898 in Kraft.
Nach dem erwähnten Vorgehens der G

Nach dem obigen Satzbau ist die Steuer-
weinsteuerordnung nicht nämlich jetzt alle Steuer-
zahler mit einem Einkommen von unter 90
Mark, die auch staatskirchenrechtlich nicht mehr zur
Einkommensteuer herangezogen werden, und
von der kommunaleinkommensteuer befreit ge-
wesen. Indessen steht den Gemeinden nach § 35
des Kommunalabgabengesetzes unzweifelhaft das
Recht zu, auch geringere Einkommen mit zur
Gemeindeeinkommensteuer heranzuziehen.

Der Magistrat will nun wenigstens die Einkommen von 660 bis zu 900 Mark mit herangezogen sehen. Er sagt sich offenbar, daß, wenn Einwohner mit einem Einkommen von über 660 Mark für die Stadterordnetenwahlen wahlberechtigt sind, — und zwar sowohl aktiv als passiv — es auch billig ist, daß auch sie mit zu den Steuern herangezogen werden! Es ist wünschenswerth, daß jeder, der Ausgaben be-
schließt, auch am eigenen Rade erdare wie eine dadurch herbeigeführte Steuererhöhung thut; denn sonst trete die Gefahr ein, daß Leute welche keine Steuern zahlten, über das Porte-
monnaie der andern Steuerzahlenden Mitbürger in sehr freigiebiger Weise verfügten. Mit einem Worte, der Magistrat stellt sich auf den Standpunkt: Wer mitträgt, soll auch mit-
thun!

Das ist auch ohne Zweifel in der Theorie ganz richtig! Es fragt sich indessen aber, wie die Sache sich in der Praxis gestalten wird!

Zu einem Einkommen von 660 bis 900 Mark sind in Stettin nicht weniger als 13 000 Einwohner eingeschätzt. Es würden also alle diese 13 000 Einwohner, welche jetzt ganz steuerfrei sind, nach Abschluß des Magistrats vom 1. Juli ab wieder Steuer zahlen müssen.

Es scheint uns nun doch etwas hart, wenn diese 13 000 Einwohner sämtlich deshalb von einer Steuer belastet werden, weil zwei von ihnen eine Klage gegen die Stadt auf Zulassung zu den Stadtverordnetenwahlen angestrengt haben. Es sieht das fast so aus, als sollten alle diese 13 000 Einwohner dafür mit bestraft werden, weil zwei von ihnen dahinter gekommen sind, daß ihnen bezüglich des Wahlrechts für die Stadtverordnetenwahlen aufzukommen, Jedenfalls dürfte diese zwei Kläger den übrigen Einwohnern in Einkommen von 600 bis 900 Mark einen schlaglichen Gefallen getan haben; denn es dürfte wohl außer Frage sein, daß die große Mehrzahl derselben weit lieber keine Steuern zahlt, als daß sie einen Antheil an einem Dreiklassenwahl-

